

Die Quelle

In dieser Ausgabe
Seite: 2
Der Gerüchte Koch
Seite: 3
Unkraut ohne Chancen
Seite: 4
Das SÜBA - Konzept

Feuerwehrstützpunkt Der Bau schreitet voran

Im Schlußspurt ging alles ganz schnell. Freudestrahlend konnte Erster Stadtrat Klaus Minkel den Eingang eines Vorbescheides über 2.230.000 DM durch das Land Hessen verkünden. Mit diesem Zuschuß, einem Darlehen von 291.000 DM und einem zinsgünstigen Investitionsfondskredit von 1.000.000 DM unterstützt das Land Hessen den Bau des Feuerwehrstützpunktes in Bad Vilbel.

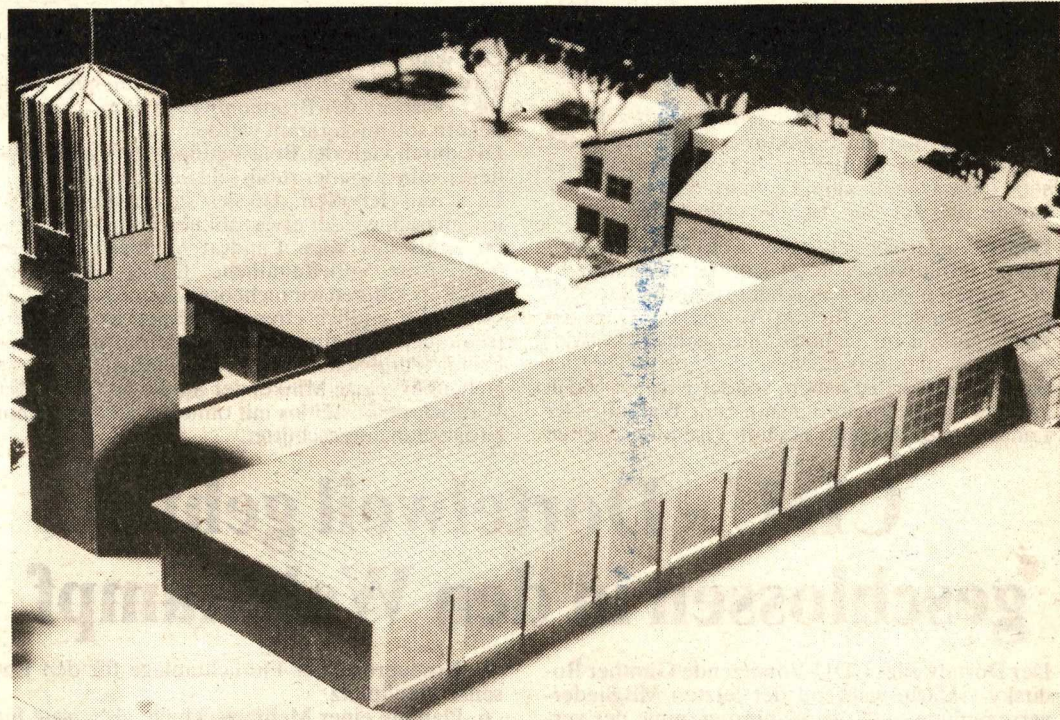
Die säuerliche Reaktion der Bad Vilbeler SPD war, daß öffentlich geunkt wurde, der Eingang des eigentlichen Zuschußbescheides stehe noch in den Sternen. Nach der Sommerpause wollten die Genossen im Parlament nachhaken. Doch kurz auf den Vorbescheid folgte der eigentliche Zuschußbescheid. Nun darf die Stadt endlich bauen. Und sie baut auch!

Vorangegangen war ein wahrer Leidensweg. Die verflorsene Landesregierung war nicht in der Lage, das Geld für Bad Vilbel aufzubringen. Wie ab-

gesprochen, reichte die Stadt im Jahre 1985 den Zuschußantrag ein. Aber weder 1985, 1986 noch 1987 hatte die SPD für Bad Vilbel Geld eingeplant. Die neue Landesregierung unter der Führung von Walter Wallmann ließ aber Bad Vilbel nicht im Stich. Es wurde gehandelt. Bad Vilbels Feuerwehr bekommt nun vernünftige Arbeitsbedingungen. Das hat unsere Feuerwehr auch verdient. Nach dem Feuerwehrstützpunkt soll nach einem Antrag der CDU die Sanierung der Heilsberg-Feuerwehr drankommen.

Unser fleißiger Stadtbrandinspektor Stengel dankte Bürgermeister Günther Biwer, Erstem Stadtrat Klaus Minkel und Stadtrat Herbert Klug, der zugleich auch Vorsitzender der Bad Vilbeler CDU ist, für ihren nimmermüden Einsatz für den Feuerwehrstützpunkt.

Dieser wird 6,1 Mio DM kosten. Dadurch, daß der Auftrag an eine Bad Vilbeler Firma vergeben werden konnte, wurde auch der heimischen Bauwirtschaft geholfen.



So soll der Stützpunkt einmal aussehen

Schwarze Zahlen Bad Vilbel eine finanzstarke Stadt

Im Jahre 1986 erreichte die Stadt Bad Vilbel im Verwaltungshaushalt einen bislang unerreichten Überschuß von 9.832.307 DM. Solch ein Ergebnis ist kaum noch steigerbar, so daß es rundherum erfreulich ist, wenn in 1987 erneut ein Überschuß in dieser Höhe erwirtschaftet werden konnte, und zwar von 9.830.555,56 DM. Bereits 1985 betrug der Überschuß 9,5 Mio DM, so daß es sich nicht um Eintagsfliegen handelt. Gegenüber früheren Zeiten haben sich die Überschüsse der Stadt vervielfacht.

Mit diesen Eigenmitteln im Rücken konnte der Vermögenshaushalt von 14,1 Mio DM schuldenfrei finanziert werden. Die Stadt erwarb schuldenfrei für rund 4 Mio DM bedeutende Grundstücke für die Stadtsanierung, den Sportstättenbau, den Naturschutz, die Aufforstung, den Straßen- und Wegebau.

Für den Straßen- und Wegebau wurde u.a. aufgewandt:

Ausbau Nidda-Uferweg 515.000 DM
Straßenerneuerungen 1.700.000 DM
Bürgersteigerneuerungen 1.346.000 DM
Radwegbau 170.000 DM
Verkehrsberuhigung 346.000 DM

Es flossen früher unerreichte Rekordbeträge in die Straßen- und Gehwegunterhaltung.

Für den Feuerwehrstützpunkt wurden 149.000 DM an Planungskosten ausgegeben, für die Alte Mühle 410.000 DM.

Die Erlenbachsanierung kostete 141.000 DM. Die Kanalschließung wurde mit 270.000 DM bedacht.

466.000 DM wurde für die Kanalsanierung Quellenstraße/Schulstraße und den Südbahnhof ausgegeben. Die Sanierung städtischer Wohnhäuser wurde mit 208.000 DM begonnen. Die Gemeinnützige Baugenossenschaft erhielt von der Stadt zur Mietverbilligung und zur Förderung des Sozialen Wohnungsbaus 945.000 DM.

Viele Vereine wurden wieder mit Investitionszuschüssen und Darlehen bedacht.

Die Stadt Bad Vilbel erreichte also auch in 1987

wieder einen sehr hohen Vermögenszuwachs. Die Rücklage brauchte statt eingeplanter 1,8 Mio DM nur mit 0,4 Mio DM in Anspruch genommen zu werden. Der Rücklagebestand der Stadt liegt bei über 6 Mio DM. Durch planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen verringerte sich sogar der ohnehin niedrige Schuldenstand der Stadt von 18.072.000 DM auf 16.746.000 DM.

1982 mußten noch 2,5 Mio DM im Haushalt für Zinsen eingeplant werden, 1987 wurden dank günstiger Umschuldungen und Darlehenstilgungen nur noch 1 Mio DM an Zinsen benötigt. Da sich die Zinsersparnisse seit 1981 jedes Jahr verstärkt haben, trägt nicht zuletzt die extrem niedrige Zinsbelastung der Stadt Bad Vilbel zur Leistungsfähigkeit der Stadt bei. Seit 1980 wurde der Schuldenstand um über 11 Mio DM von 28 Mio DM auf 16,7 Mio DM verringert.

Während in anderen Haushalten 10 % und mehr für Zinsen draufgehen, liegt der Zinsanteil am Verwaltungshaushalt bei unter 2 %. Außerdem kassierte die Stadt noch 200.000 DM Festgeldzinsen. Die Personalkosten wurden im letzten Jahr mit 380.000 DM nicht voll ausgeschöpft, bei den Sachkosten gelangen Minderausgaben von 180.000 DM.

Auch das laufende Rechnungsjahr läßt sich gut an. Wegen der Großprojekte Feuerwehr, Alte Mühle, Stadtsanierung, Neugestaltung Frankfurter Straße, Tiefgaragenbau, Kurhaus, Nordumgehung, Erschließung Krebschere, ist die Stadt darauf angewiesen, finanzstark zu sein.

Da fügt es sich gut, daß auch nach Einschätzung der Kommunalaufsicht der Stadt Bad Vilbel, in den letzten Jahren der Aufstieg von einer finanzschwachen zur finanzstarken Stadt geglückt ist. Es kam zur rechten Zeit. Das Jahr 1987 hat die Stadt Bad Vilbel weiter gestärkt.

Hierzu der Stadtkämmerer Klaus Minkel: Der Standort Bad Vilbel soll an Attraktivität und Lebensqualität nicht zuletzt durch den gezielten Einsatz von Finanzmitteln weiter gewinnen.

Traditionelles CDU Scheunenfest in Gronau



Auch in diesem Jahr war das traditionelle Gronauer Scheunenfest wieder ein voller Erfolg. Die CDU rief und alle, alle kamen. Bis auf den letzten Platz war die Scheune besetzt.



Der Bau des Feuerwehrstützpunktes hat schon begonnen. Die Grundsteinlegung findet am 11. November statt.

Kreis verschwendet Steuergelder Die faulen Tricks einer ideologischen Schulpolitik

Jeder Erziehungsberechtigte hat das Recht darüber zu entscheiden, welche Schulform sein Kind nach der 4. Grundschulklasse besuchen soll. Das heißt, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, aber auch Förderstufe stehen je nach Eignung zur Auswahl. Dieses selbstverständliche Recht der Eltern darf aber nicht dazu mißbraucht werden, eine spezielle Schule auf Biegen und Brechen zu erhalten, damit die eigene ideologische Ausrichtung nicht Schaden erleidet. Was war geschehen? Die Kurt-Schumacher-Schule in Karben, eine schulfornbezogene Gesamtschule, hat es gewagt, die Förderstufe anstelle einer schulfornbezogenen Neuorganisation der Klassen 5 und 6 abzuschaffen. Die von der SPD geführte Kreisregierung hat dieser Neuorientierung nur zähneknirschend zugestimmt. Doch schon bald folgte die „Bestrafung“ dieser Gesamtschule. Kurz vor den Sommerferien haben Eltern ihre Kinder von der Kurt-Schumacher-Schule abgemeldet und sie an der Förderstufe in Rodheim angemeldet. Was führte zu diesem Sinneswandel?

An der Erich-Kästner-Schule in Rodheim hatten nur wenige Eltern ihre Kinder für die 5. Klasse der Förderstufe angemeldet. 22 Kinder insgesamt schienen nicht nur dem dortigen Schulleiter, sondern auch dem Schuldezernenten des Wetteraukreises, Herrn Pollmar, zu wenig, um den Bestand der Rodheimer Förderstufe zu rechtfertigen. Um aber nicht die notwendigen Konsequenzen ziehen zu müssen, verfiel man auf eine recht abenteuerliche Idee. Kinder müssen her, egal auf welche Weise.

Also tauchte eines Tages der Schulleiter der Rodheimer Schule in der Selzerbachschule - der Grundschule Klein-Karben - auf einem Elternabend der 4. Klasse auf (der Rodheimer Schulleiter ist mit der Schulleiterin der Selzerbachschule verheiratet) und versprach allen Eltern, die ihre Kinder in die Förderstufe nach Rodheim anmeldeten, eine kostenlose Beförderung von Karben

nach Rodheim. Verständlicherweise fielen einige Eltern auf diesen üblen Trick herein, da sie davon ausgehen konnten, daß ihre Kinder von der Haustür bis in die dortige Schule und zurück befördert würden. Dem Schuldezernenten Pollmar konnte dies nur Recht sein, da er nun „nachweisen“ konnte, daß die Rodheimer Förderstufe als Förderstufe akzeptiert sei. Tausende von DM wurden flugs vom Kreis zur Verfügung gestellt, um 6 Schüler aus dem Stadtteil Rendel bzw. Klein-Karben vom Arbeiter-Samariter-Bund von der Haustür bis zur Rodheimer Schule zu befördern. Eine Rückerstattung dieser Mehrbelastung für den Kreisrat - es handelt sich um die Summe von 7.500 DM ist nicht zu erwarten, da die Richtlinien für die Schülerbeförderung des Landes Hessen eine derartige einseitige Bevorzugung einer abgelegenen Schule nicht zulassen. Aber für die Aufrechterhaltung einer noch so problematisch strukturierten Förderstufe mit nur 28 Schülern, ist einigen SPD-Politikern jedes Mittel recht, selbst wenn man mit Recht der Verschwendung von Steuermitteln ziehen wird.

Aussiedler sind uns willkommen

Zu einer großen nationalen Anstrengung zugunsten der Aussiedler hat Bundeskanzler Helmut Kohl alle Deutschen aufgefordert. In diesem Jahr werden 200.000 Deutsche aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion bei uns erwartet. Der Kanzler sagte: Wenn wir zusammenhalten, wenn Bund, Länder und Gemeinden, die Kirchen und sozialen Organisationen jetzt helfen, daß diese Menschen eine neue Heimat finden, muß das doch gelingen. Für die deutschen Landsleute werde das Notwendige getan, „auch wenn das Geld kosten wird“.

Sturm im Wasserglas um den Lärmschutzwall

In bester Absicht ließ Erster Stadtrat Klaus Minkel einen kleinen Lärmschutzwall aufschütten.

Aber alle Welt spielt verrückt. Ursächlich dürfte die herannahende Kommunalwahl sein, die bei verschiedenen Leuten die Sicherungen durchgehen ließ.

Im Stadtparlament wurde provokativ gefragt, ob z.B. gesundheitsgefährdende Stoffe wie Teer eingebaut seien. Sicher wird kein normaler Mensch Teer essen wollen. Bitumen, das Bindemittel für unseren Straßenbelag, ist aber ein Naturprodukt, das den Vorzug hat, wasserunlöslich zu sein. Selbst Dämme für Trinkwasserreservoirs werden mit Bitumen abgedichtet. Die Gesundheitsgefährdung ist also eine Ente.

Die SPD-Frage nach der Genehmigung brachte so richtig die rotgrüne Frankfurter Rundschau auf die Barrikaden. Sie unterstellte zunächst, Minkel habe ohne Genehmigung gebaut, bis auch sie erkannte, daß nur eine Anzeige erforderlich ist.

Gleich drei Ortsbesichtigungen des Wetterakreis fanden in kurzer Folge statt. Ein Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde erblickte keinerlei Lärmgefahr für die Anwohner. Dagegen sah er Gefahr für Gehölze, die weitaus überwiegend nicht standortgerecht sind. Ohne sich bei der Stadt informiert zu haben, sonderte dieser Mann gegenüber der Presse Unsinn zum Wall ab. Der Landrat fand das alles noch in Ordnung. Gelten

Menschen weniger als Gehölze, die sonst vom Kreishaus befehdet werden?

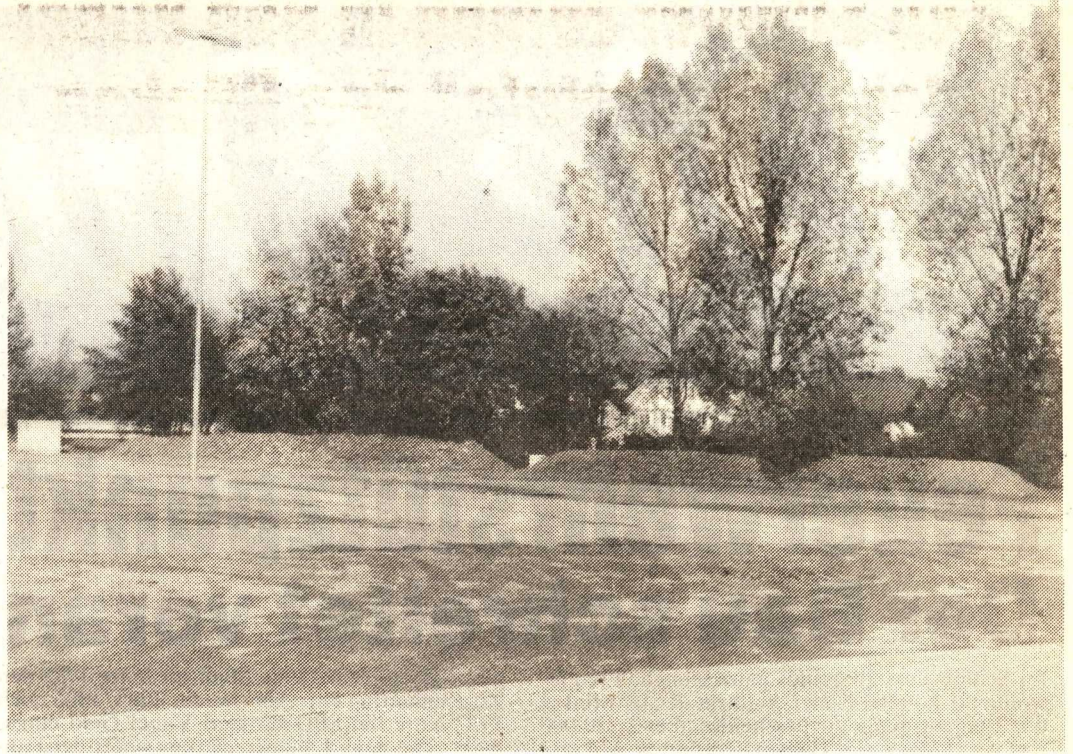
Den Vogel schossen ein Stadtverordneter der Grünen und die Frankfurter Rundschau ab, die Minkel unterstellten, er habe den Wall aus Eigennutz bauen lassen. Dabei wohnt Minkel 180 m vom Wall entfernt, gedeckt durch drei Häuser, die vor ihm liegen. Es hat auch nur aus der ersten und zweiten Bebauungsreihe Beschwerden bei der Stadt gegeben. Ebenso verkündete die Frankfurter Rundschau die glatte Unwahrheit, als sie den Wall ins Auenschutzgebiet verlegte. So verdummt die Rundschau ihre Leser.

Der Wall soll noch begrünt werden, mit standortgerechten Gehölzen. Ein lange schwelender Konflikt zwischen der Brunnenindustrie und den Anliegern soll ausgeräumt werden.

Die durch vielerlei Belästigungen geplagten Anlieger sollen wieder ruhig schlafen können.

Es ist nun zu hoffen, daß sich die erregten Gemüter langsam wieder etwas abkühlen und vor allem im Kreishaus beim Landrat Vernunft Einkehr hält. Eine vilbelfeindliche Entscheidung des Landrats können wir nicht brauchen. Der Landrat sollte sich endlich einmal besinnen und bürgerfreundlich verhalten und auch seine Mitarbeiter Fröhlich und Schoemakers dazu anhalten.

Nebenbei sparte Minkel der Stadt viel Geld. Der Wall wurde kostenlos mit ohnehin vorhandenem Erdaushub aufgeschüttet.



So unscheinbar sieht der Lärmschutzwall aus. Man kann kaum glauben, daß dies der Gegenstand der ganzen Aufregung ist.

Gerüchtekoch hat Hochkonjunktur

Die Gerüchteküche können es vor Unruhe schon nicht mehr aushalten. Die nahende Kommunalwahl ruft zu rastloser Produktivität auf. Mal sehen, wer diesmal als Gerüchtekoch ertappt worden ist.

Wenn der BI-Sprecher Richardt aus Massenheim ein Schild auf- oder abhängt, ist immer die Presse dabei. Diesmal mußte er auf Veranlassung des Straßenbauamtes Gießen Schilder mit seinen Kompagnons abhängen. Richardt gab von sich: „Die Schilder wurden mit Farbe und Dreck beschmiert. Die Schrift wurde mehrmals übermalt. Einmal wurde sogar Altöl über ein Schild gekippt.“ Das ist schlimm. Schließlich haben wir Meinungsfreiheit.

Die BI kann aber die geistige Verunreinigung nicht lassen, die mindestens genauso schwer wiegt wie eine physische Verunreinigung.

Die Vermutung der Initiative: „Das waren Mitglieder einer bestimmten Partei.“ Den Namen will man aber nicht nennen. Es seien jedoch mit Sicherheit nicht die Grünen gewesen. So stand es in der Zeitung.

So einfach wird heutzutage verleumdet. Es waren auch nicht Mitglieder irgendeiner anderen Partei. In jeder demokratischen Partei flöge solch ein Mitglied hochkantig.

Wenn die BI etwas weiß, ist es ihre Pflicht, Namen zu nennen und für eine Klärung zu sorgen. Weiß sie nichts, verleumdet sie nur. Das sollte sie lassen.

Ein grünes Bäumlein

Bad Vilbels Grünen, die doch angetreten waren, neuen Schwung in die Politik zu bringen, geht langsam die Luft aus. Schon seit zwei Jahren ist der Stuhl des Grünen-Vertreters im Gronauer Ortsbeirat unbesetzt. Konnte man dies noch als Schwierigkeiten von politischen Neulingen abtun, so häufen sich die Grünen-Ausfälle in allen Bereichen. Nicht nur, daß viele Kommissionen und Ausschüsse ohne sie tagen müssen, nein, jetzt ist auch in Dortelweil kein Grüner mehr im Ortsbeirat. Die Wähler, die bei den letzten Kommunalwahlen den Grünen ihre Stimme gaben, hätten auch zu Hause bleiben können.

Doch was macht man, wenn man nicht mit Leistungen und Argumenten überzeugen kann? Man kocht mit in der nebligen Küche des Gerüchtekochs und hofft, daß das grüne Pflänzlein wieder zu Kräften kommt. Zutaten sind Halbwahrheiten und Unterstellungen.

Diesmal versucht das grüne Pflänzlein, oder sollte man lieber Bäumlein sagen, auf einem Lärmschutzwall Wurzeln zu schlagen. Stadtverordneter Bäumlein, sonst ein Verfechter eines umfang-

reichen Lärmschutzes, wirft dem Ersten Stadtrat Klaus Minkel vor, er habe bei der Errichtung des Lärmschutzwalles aus Eigennutz gehandelt, weil er dort wohne. Bäumlein „vergaß“ zu erwähnen, daß Minkel in der vierten Reihe (!) der Bebauung wohnt, wo sich der Wall nicht mehr auswirkt. Er „vergaß“ auch zu erwähnen, daß der Wall zum Nidda-Ufer hin nur knapp 2 m hoch ist. Minkel wohnt aber im dritten Geschoß, so daß der Wall selbst dann wirkungslos für Minkel wäre, wenn er direkt neben dem Wall wohnte. Aber das macht ja alles nichts, Hauptsache, es ist wieder einmal verleumdet worden!

In der FRANKFURTER RUNDSCHAU fand Bäumlein sogar einen Mitstreiter. Dort beteiligte man sich wacker an der Ehrabschneiderei.



Pech gehabt!

Im Reigen der Gerüchteküche darf auch der Fraktionsvorsitzende der SPD, Frank, nicht fehlen. Er verdächtigt den Ersten Stadtrat Klaus Minkel, er habe schon vor der Entscheidung im Stadtparlament gewußt, daß die DSK nicht nach Bad Vilbel kommen wolle. Pech für Frank ist, daß Minkel ein Schreiben der DSK hat, das Frank das Gegenteil bescheinigt.

Der Ladenhüter

Übrigens ist und bleibt es ein Gerücht, daß in diesem Jahr der Bad Vilbeler Markt letztmalig an seinem Standort stattgefunden hat. Worüber soll man sich mehr wundern: über die Unverfrorenheit der jährlich auftretenden Gerüchteküche oder über die Leichtgläubigkeit mancher Zeitgenossen, die immer wieder den Gerüchteküchen auf den Leim gehen? Nur die Dummen halten die Gerüchteküche für ein Feinschmeckerrestaurant.

CDU - Dortelweil geht geschlossen in den Wahlkampf

Der Dortelweiler CDU Vorsitzende Günther Bodirsky erklärte während der letzten Mitgliederversammlung, daß die Wahlprogramme der vergangenen Wahlperiode fast zu 100 % erfüllt wurden und das neue Wahlprogramm unter diesem Gesichtspunkt aufgestellt werden sollte. Undurchführbares sollte auf der Liste nicht erscheinen.

5. Erneuerung der Flutlichtanlage für den Rasen-Fußballplatz
6. Planung einer Mehrzweckhalle als Ersatz für den Saalbau Steul
7. Neugestaltung des Lindenplatzes vor dem Bahnhof
8. Verkehrsberuhigung in verschiedenen Bereichen
9. Schulwegsicherung
10. Renaturierung des Niddaufers

Für das Stadtparlament bzw. den Magistrat kandidieren auf den vorderen Plätzen der Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes und stellvertretende Stadtverordnete Günther Bodirsky, das jetzige Magistratsmitglied Hans Kitz, der Stadtverordnete Klaus Althoff sowie Heinrich Horn.

Über diese Liste entscheidet erst der 7er Ausschuß und anschließend eine Mitgliederversammlung des gesamten Stadtverbandes.

Der CDU-Ortsverband Dortelweil nominierte in einer Mitgliederversammlung die Ortsbeiratskandidaten für die Kommunalwahl im März nächsten Jahres.

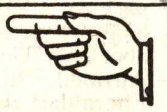
Der jetzige Ortsvorsteher Gerhard Manasek kandidiert wieder, wie in den beiden zurückliegenden Wahlperioden, auf Platz 1 der Liste.

Dank seiner großen Beliebtheit in breiten Kreisen der Dortelweiler Bevölkerung und aufgrund der guten Arbeit, die die CDU-Mitglieder im Ortsbeirat in der Vergangenheit geleistet haben, erhofft sich der CDU-Ortsverband ein gutes Wahlergebnis im Frühjahr 1989.

Auf den Plätzen 2 und 3 gibt es ebenfalls keine Veränderung. Es kandidieren wieder Otto Weiser und Karin Feuchter. Den Platz 4 belegt Karl Weigand. Auch er gehört dem Ortsbeirat seit 1985 an. Auf Platz 5 folgt Peter Klöss, der längere Zeit Mitglied des Stadtparlamentes war und deshalb ebenfalls über Erfahrung im kommunalpolitischen Ablauf verfügt.

Auf den weiteren Plätzen folgen: Klaus Schneider, Erwin Rotter, Renate Bodirsky, Herwig Pöschko, Otto Jehner, Berthold Voßmann, Helmut Schwirtlich, Josef Hammer, Josef Stip und Alfred Manasek.

**Inserieren bringt Gewinn!
Auch für Sie!**



Mega-Chip-Erfolg:

Gegen Japan aufgeholt

Der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer, hat die Wissenschaftler und Techniker von Siemens zu ihren Erfolgen bei der Entwicklung eines neuen Mega-Chips beglückwünscht. Damit schließt die deutsche Mikroelektronikforschung zur Weltspitze auf. Zugleich werde daran deutlich, daß die seinerzeit stark kritisierte finanzielle Unterstützung durch das Forschungsministerium richtig gewesen sei. Wie Siemens-Vorstandsmitglied Karlheinz Kaska mitteilte, wird der neue Chip mit einer Speicherkapazität von einer Million Bits bereits 1989 mit 20 Millionen Stück pro Jahr produziert werden. Derartige Chips werden sonst nur in Japan gefertigt.

Schiesser Ihr Spezialist
Unsere Masche ist Qualität. in Bad Vilbel

Frankfurter Str. 86
Telefon: 8 52 12

TEXTIL **Dusek**



Dortelweils beliebter Ortsvorsteher Gerhard Manasek.

Nach eingehender Diskussion wurde ein 10 Punkte umfassendes Wahlprogramm für die Jahre 1989 bis 1993 aufgestellt:

1. Verbesserung der Kanalsituation
2. Förderung der Vereine und Vereinigungen
3. Ausbau und Verbesserung der Spielplätze
4. Erschließung des Baugebietes „Hinter der Mauer“

Hotels am Kurpark

Wir empfehlen uns
für Sie und
Ihre Gäste

Familie Kester, Parkstraße 20
6368 Bad Vilbel 1, Tel. 0 61 01 / 6 46 52

DK FEUERSCHUTZ
W. Dammel + P. Klöß

Kreisstraße 39
6368 Bad Vilbel 4, Dortelweil
Telefon (0 61 01) 6 43 43



Feuerlöscher - Feuerwehrbedarf
Arbeitsschutz - Umweltschutz
Prüfung, Wartung und
Instandhaltung von Feuerlöschgeräten.

CDU wünscht den Bau von Aussiedler-Wohnungen

Die CDU stellte im Stadtparlament den Antrag, daß zunächst 50 Wohnungen für Aussiedler gebaut werden sollen. Damit wollen wir in Bad Vilbel einen Beitrag leisten, daß unsere deutschen Landsleute nicht auf Jahre in menschenunwürdigen Massenquartieren untergebracht sind. Seit 1945 haben schließlich in Westdeutschland über 10 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge eine neue Heimat gefunden. Für Millionen Ausgebombte wurde Wohnraum geschaffen. Da muß es doch möglich sein, daß in einem der reichsten Länder dieser Erde auch für unsere deutschen Spätaussiedler gesorgt wird.

Bundeskanzler Helmut Kohl setzt sich besonders für die Aussiedler ein. Helmut Kohl ist es noch aus seiner Jugend in Erinnerung, wie die Elendszüge der Flüchtlinge und Vertriebenen zu uns kamen. Wir alle wissen, welchen positiven Beitrag die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge zum Wiederaufbau unseres Landes geleistet haben. Die Aussiedler werden daher auf mittlere und lange Sicht ein Gewinn für unser Land sein.

Vor allem Aussiedler aus dem polnischen Machtbereich sprechen oft nicht mehr deutsch. Die deutsche Sprache wurde in Polen unterdrückt. Das können wir doch den Aussiedlern nicht zum

Vorwurf machen. Die Aussiedler aus Rußland sprechen oft genug noch erstaunlich gut deutsch, obwohl die Vorfahren vor über 200 Jahren ausgewandert sind. Das gilt auch für die Siebenbürger Sachsen aus Rumänien, die schon vor 700 Jahren ausgewandert sind. Wir sind alle aufgerufen, unseren neuen Mitbürgern das Einleben in der neuen Heimat zu erleichtern. (qqk)

IMPRESSUM:

Herausgeber: Vorstand des CDU-Stadtverbandes Bad Vilbel.
Geschäftsstelle: Postfach 14 02, Frankfurter Straße 58, 6368 Bad Vilbel,
Telefon 0 61 01 / 8 97 07.

Geschäftszeiten: Montag bis Samstag, 10.00 - 12.00 Uhr.
Verantwortlich: Günther Bodirsky, Manfred Cieve, Inge Ockert, Dieter Pflug, Tobias Utter.
Fotos: Renate Bodirsky

Anzeigen: Peter Klöß.
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 1/87.

144 Schüler zeigen in Bad Vilbel der „Förderstufe“ den Rücken

Die CDU hat mit der Verabschiedung des Schulfreiheitsgesetzes die freie Schulwahl in Hessen wieder hergestellt. Statt Zwangsförderstufe für alle Schüler gibt es nun auch in Bad Vilbel eine Eingangsklasse 5 im Georg-Büchner-Gymnasium und an der Realschule der Ernst-Reuter-Schule.

Die Wahlfreiheit nach der 4. Grundschulklasse ist hergestellt. Nur ein Jahr konnte die rot-grüne Mehrheit im Wetteraukreis den Elternwillen mißachten bzw. die Umsetzung des Schulfreiheitsgesetzes verhindern.

144 Schüler wählten im Schuljahr 1988/1989 den Weg ohne Behinderung ins Gymnasium Bad Vilbel. Erfreulich ist, daß nunmehr nach der Grundschule nicht nur der direkte Eingang ins Georg-Büchner-Gymnasium besteht, sondern auch der gerade Übergang in die Realschule der Ernst-Reuter-Schule gewählt werden kann. Lediglich den umweglosen Eingang in die Hauptschule gibt es in Bad Vilbel nicht. Nach wie vor besteht jedoch in Bad Vilbel die Möglichkeit, frei und ohne Zwang an der John-F.-Kennedy-Schule die Förderstufe zu besuchen. Von diesem Angebot haben ca. 70 Eltern aus Bad Vilbel und Umgebung (Kil-

ianstädten, Karben, Büdesheim, Oberdortelden) Gebrauch gemacht. Die Stadt Bad Vilbel ist durch diese Erhöhung des Bildungsangebotes erheblich aufgewertet worden.

Als einen Beitrag zu bürger- und wohnortnaher Bildungspolitik hält die CDU den Erhalt und die Neugründung kleiner Grundschulen. Aus diesem Grund sollte die Rückverlegung der Grundschule nach bzw. die Schaffung einer Zweigstelle der Stadtschule in Gronau wieder fest ins Auge gefaßt werden. Lehrer sollen nach Ansicht der CDU-Landesregierung zu den Schülern fahren und nicht umgekehrt. Der CDU-Arbeitskreis Erziehung - Bildung - Ausbildung wird sich in den nächsten Wochen und Monaten mit der Schulsituation in Bad Vilbel beschäftigen.

Während der Schuldezernent Joachim Pollmar lauthals für weitere Förderstufen im Wetteraukreis kämpft, (in Rodheim wird sogar eine Förderstufe künstlich mit Steuergeldern aufrechterhalten), übersieht er völlig, in welch schlechtem Zustand sich einige Bad Vilbeler Schulen befinden und unter welchen mangelhaften Bedingungen hier Unterricht am Georg-Büchner-Gymnasium stattfindet.

Das schwierigste Stück ist geschafft

Das technisch schwierigste Stück des Nidda-Uferweges ist rechtzeitig zum Bad Vilbeler Markt fertig geworden. Es verbindet die Schmiedgasse mit der Rathausbrücke. 500.000 DM ließ sich die Stadt dieses Bauwerk kosten. 250.000 DM gab hierzu freilich das Land Hessen. Erster Stadtrat Klaus Minkel hatte sich intensiv um diesen Landeszuschuß bemüht.

Durch einen Kunstgriff sparte die Stadt erhebliche Kosten. Es gelang, einen extrem starken Kran zu mieten. Durch den Kran wurde der Hassia-Steg abgebaut und auf einen Tieflader verladen. Das ersparte die kostspielige stückweise Demontage an Ort und Stelle. Schon jetzt bereitet Klaus Minkel den Bau des Nidda-Uferweges von der Rathausbrücke, entlang der Alten Mühle bis zum Burgpark-Steg vor. Das wird 450.000 DM kosten.

An verschiedenen Stellen können die Bewohner des Lohstraßenquartiers diesen Weg erreichen. Sie können dann den schlechten Verkehrsverhält-

nissen in der Lohstraße ausweichen. Der neue Weg wird den Weg zum Friedhof sicherer machen.

Die Stadt hat übrigens schon eine Zusage von den Eigentümern des früheren Hassia-Gebäudes erreicht, daß zum Kurpark hin die Fassade renoviert wird. Ein weiteres Stück von Bad Vilbel wird also schöner werden.

Der aufmerksame Betrachter des kommunalpolitischen Geschehens wird sicher noch wissen, wie wieder einmal die CDU im Stadtparlament allein auf weiter Flur stand, als der Weg durchgesetzt wurde.

Magistrat und CDU haben zum Nutzen der Bürger dieser Stadt die Widerstände gemeinsam überwunden.

Bürgermeister Günther Biber sagt hierzu: „Gerade für unsere Senioren, Kinder und Hausfrauen, für alle Fußgänger, ist der Nidda-Uferweg ein Segen. In Bad Vilbel wird auch für die Fußgänger gesorgt.“ (qqK)

Stadtsanierung macht Fortschritte

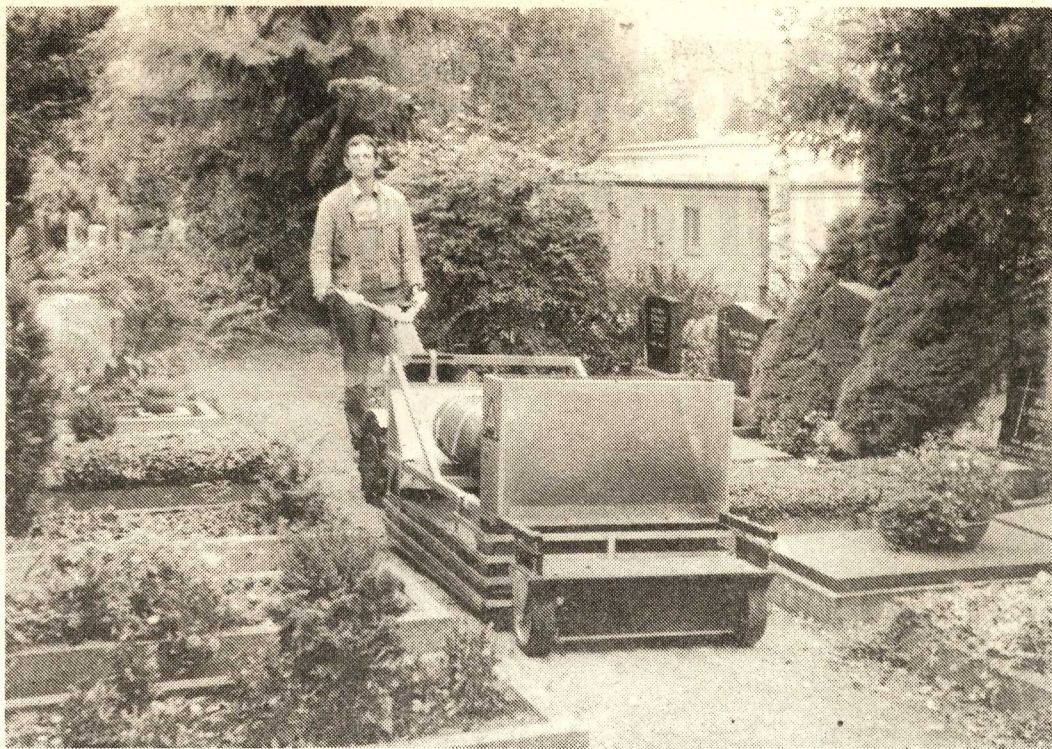
Bis auf die Außenfassade ist bereits das Haus Lohstraße 16 mit Unterstützung der Stadt und des Landes Hessen saniert worden. Besonders können wir uns alle auf die Sanierung der Häuser Frankfurter Straße 4, 8 und Marktplatz 11 freuen. Das Haus Frankfurter Straße 4 ist eines der größten und schönsten Hugenottenhäuser. Das Haus Frankfurter Straße 8 gehört zu einem Ensemble von drei fränkischen Fachwerkhäusern. Im Haus Marktplatz 11 (Brod'scher Sprudel) nahm der Badebetrieb der Stadt Bad Vilbel seinen historischen Ausgang. Wichtig ist vor allem, daß diese drei Häuser alle in unmittelbarer Nähe zum Alten Rathaus liegen. Damit kommen Bürgermeister

Günther Biber, Erster Stadtrat Klaus Minkel und Bad Vilbels CDU ihrem Ziel ein gutes Stück näher, im Umfeld des Alten Rathauses eine Traditioninsel entstehen zu lassen. Diese Sanierungsmaßnahmen, die mit 30 Prozent gefördert werden, werden bei Fertigstellung der B 3 a durch eine Neugestaltung der Frankfurter Straße ergänzt. In unserem Rathaus arbeiten Biber und Minkel schon eifrig an den Plänen für die neugestaltete Frankfurter Straße.

Wer im Sanierungsgebiet sein Haus sanieren möchte, versäume nicht, Kontakt mit unserem Ersten Stadtrat Klaus Minkel aufzunehmen, der sehr gern berät. (qqK)



Dieses Hugenottenhaus in der Frankfurter Straße soll bald umfangreich renoviert werden.



Unkraut hat keine Chance mehr

Vor allem auf den Friedhöfen soll der Pflegezustand der Wege grundlegend verbessert werden. Deshalb sorgte Erster Stadtrat Klaus Minkel für die Anschaffung eines thermischen Unkrautbekämpfungsgertes. Durch Energiezufuhr wird ein Gitter zum Strahlen gebracht: Das Infrarot-Wärmegitter. Das abstrahlende Licht trifft auf das Unkraut. Die Zellen an Grünstellen zerplatzen und verwelken. Da der Boden nur geringfügig auf 30 Grad erwärmt wird, wird der Boden nicht beeinträchtigt. Es bleiben aber auch die Wurzeln erhalten. Deshalb sind mehrere Anwendungen hintereinander erforderlich, bis die Wurzel die Kraft verliert.

Das Gerät ist viel leistungsfähiger als Handarbeit.

Deshalb wird der Pflegezustand der Friedhöfe besser werden.

Minkel will auch weiterhin auf chemische Unkrautgifte verzichten, mit denen früher die Wege saubergehalten worden sind. Minkel: „Das landet früher oder später alles im Wasser“.

In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß die Stadt auch für rund 100.000 DM eine Straßenreinigungsmaschine kaufte. Die Maschine ist sehr häufig im Einsatz. Weite Bereiche der Innenstadt sind dadurch sauberer geworden. Trotzdem gleicht der Kampf gegen die Verunreinigung dem Kampf gegen die Windmühlenflügel. Immer wieder gibt es achtlose und schlampige Zeitgenossen, die ihren Dreck auf die Straße werfen. Warum eigentlich? (qqK)

wüstenrot

Die Bausparkasse. Die Bank. Die Lebensversicherung.

Peter Klöß
Kreisstraße 39
636 Bad Vilbel 4
Tel. 0 61 01/73 94

Zum Glück berät Sie Wüstenrot.

Qualität
die sich lohnt!

STEIN AUF STEIN MASSIVHAUS

Tel. 0 61 81 / 4 80 14
Stein auf Stein Massivhaus GmbH
Fahrgasse 1A
6457 Maintal-Hochstadt
Gegen Erneuerung dieser Anzeige
erhalten Sie Informationsmaterial!

Ihr Ansprechpartner in Bad Vilbel:
Heinrich Horn, Telefon 0 61 01 / 6 41 77

MdL Kartmann (CDU):

Klares Konzept für neue Stundentafeln

Ausdrücklich lobte der CDU-Landtagsabgeordnete Norbert Kartmann den Entwurf einer neuen Verordnung über die Stundentafeln, die das Kultusministerium jetzt vorgelegt hat. Die Stundentafeln schreiben die Gesamtzahl der Schülerwochenstunden, nach Fächern aufgeteilt, für die einzelnen Schulformen fest. Der Verordnungsentwurf umfaßt die Stundentafeln für Grund- und Hauptschulen, die Schulen für Lernbehinderte, Realschulen und Gymnasien bis Klasse 10, sowie Förderstufen und 5. und 6. Jahrgang der integrierten Gesamtschulen. Die schulformbezogene Klarstellung der Stundentafeln in den Schülerjahrgängen 5 bis 10 mache die bisher verbal vernebelten pädagogischen Profile von Hauptschule, Realschule und Gymnasium wieder deutlich sichtbar, so der CDU-Landtagsabgeordnete Norbert Kartmann.

Kern- und gleichzeitig Pluspunkte der neuen Verordnung sind das Prinzip der Durchlässigkeit, der Möglichkeit einer flexiblen Handhabung sowie die Stärkung des Unterrichts in den Kernfächern. Das Prinzip der Durchlässigkeit, so Kartmann, wodurch die Möglichkeit eines Wechsels zwischen

den Schulformen jederzeit gegeben sei, werde insbesondere durch gleiche Stundenanteile der einzelnen Unterrichtsfächer, vor allem in den 5. und 6. Klassen der allgemeinbildenden Schulen, voll gewahrt. Die flexible Handhabung der Stundentafeln eröffne den einzelnen Schulen einen bislang nicht gekannten Ermessens- und Gestaltungsspielraum. „Hier haben Schulen die Chancen, individuelle Profile auszuprägen“, hebt MdL Kartmann hervor. Die Kernfächer Deutsch und Mathematik sowie die Fremdsprachen werden durch mehr Stunden gestärkt, einstündiger Wochenunterricht in einzelnen Fächern wird durch zweistündige Unterrichtsangebote ersetzt. Geschichte und Sozialkunde sollen ebenso wie Physik und Chemie ab 7. bzw. 8. Klasse durchgängig zweistündig unterrichtet werden können. Nicht angetastet werden soll der Entwurf, der nach eingehender Diskussion und Beratung in den Lehrerverbänden und Elternvertretungen zum Schuljahresbeginn 1989/1990 in Kraft gesetzt werden soll, die Gesamtstundenzahl der einzelnen Schulformen. (qqK)

Kinder sind keine „kleinen Erwachsene“

Kinder haben aufgrund ihrer Körpergröße eine schlechte Übersicht. Kinder haben ein kleineres Sichtfeld als Erwachsene. Deshalb können sie seitlich näherkommende Fahrzeuge erst später wahrnehmen. Kinder können Geschwindigkeiten und Entfernungen nicht richtig einschätzen. Kinder haben einen großen Bewegungsdrang und werden leicht abgelenkt. Kinder haben noch kein ausgeprägtes Gefahrenbewußtsein.

Erwachsene müssen sich demzufolge auf die Kinder einstellen. Erwachsene und Jugendliche müssen Vorbild sein. Die Eltern sind ohnehin die besten Verkehrserzieher.

Kindergarten und Schule sollten diese Verkehrserziehung der Eltern ergänzen:

Für Kinder im Vorschulalter wurde vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat das Programm „Kind und Verkehr“ gestartet mit seinen Bausteinen „Kinder als Fußgänger“, „Kinder als Radfahrer“. Das Programm wird vom Bundesverkehrsminister unterstützt.

Es existiert das Gesamtprogramm „Verkehrserziehung im Kindergarten“.

Der ADAC hat das Bewegungs- und Geschicklichkeitsspiel „Sicher gehen - kinderleicht“ entwickelt.

Die Stadt Bad Vilbel hat mit Unterstützung des Lions-Clubs am Ritterweiher einen Verkehrsspielplatz errichtet.

Für Kinder im Schulalter können folgende Maßnahmen angeboten werden:

- das Radfahrausbildungsprogramm der Deutschen Verkehrswacht
- (Vorbereitungsphase, Ausbildungsprogramm, Radfahrprüfung)
- der Schulweg-Ratgeber des ADAC,
- das von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrserzieher herausgegebene Verkehrserziehungsprogramm „Jugendverkehrsabzeichen“,
- das vom Jugendwerk der Deutschen Shell in Zusammenarbeit mit der Polizei erarbeitete Konzept der „Jugendverkehrsschulen“,
- der seit 1953 bundeseinheitliche Schülerlotsendienst.

Die Bad Vilbeler CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Kindergärten sich verstärkt der Verkehrserziehung annehmen. Die CDU appelliert an die Schulen, die vorhandenen Angebote zugunsten der Verkehrserziehung zu nutzen. Die Bad Vilbeler CDU begrüßt ausdrücklich die vielen Aktivitäten zur Schulwegsicherheit, die in den letzten Jahren und verstärkt in diesem Jahr durchgeführt worden sind. Insbesondere der Einsatz des Arbeitskreises und das tatkräftige, unbürokratische Wirken des Bürgermeisters Günther Biber sind zu loben.

Für die Schulen bleibt ein weites Tätigkeitsfeld. Alle Schulen sollten endlich den vorgeschriebenen Schulwegsicherheitsplan erarbeiten und den Behörden vorlegen. Dem Schuldezernenten Pollmar wäre zu wünschen, daß er sich um diese Aufgabe etwas mehr kümmern würde.

Klaus Havenstein übernimmt Regie



Das die Burgfestspiele an Attraktivität immer mehr gewinnen, zeigt sich auch an den steigenden Besucherzahlen. In diesem Jahr kamen rund 8.000 Zuschauer in die Mauern der alten Burg. Die CDU hat beschlossen, daß es auch in kommenden Jahr wieder Burgfestspiele geben wird. Inzwischen ist es Bürgermeister B. gelungen Klaus Havenstein für die Regie zu gewinnen. Mit viel Schwung will Havenstein die Festspiele zu noch größerem Erfolg führen.

Blockheizkraftwerk schon in Betrieb

Das neue Blockheizkraftwerk auf dem Heilsberg hat schon zur Heizsaison 1988/89 seinen Betrieb aufgenommen, und zwar mit der Heizleistung. Die Stromproduktion wird zum Frühjahr 1989 aufgenommen werden. Im Jahr verringert sich die Schadstoffbelastung pro Bad Vilbeler Bürger um 1 kg, insgesamt um über 30.000 kg. In diesem Jahr ist daher das Blockheizkraftwerk der größte Umwelterfolg in dieser Stadt. Die Schadstoffe Fluor und Chlor werden künftig ganz wegfallen. Der Energieeinsatz wird um 34 %

reduziert. Die Energieausbeute beträgt bis zu 90 %.

Erster Stadtrat Klaus Minkel hat für eine glänzende Finanzierung gesorgt. Aus Bundesmitteln erhalten die Stadtwerke ein zinsgünstiges Darlehen von 1,6 Millionen DM. 270.000 DM gibt das Land Hessen als Landeszuschuß. Darüber hinaus werden noch ca. 240.000 DM Investitionszulage vom Finanzamt erwartet. Die Maßnahme wurde im Rekordtempo durchgeführt.

Der Schadstoffauftrag entwickelt sich wie folgt:	alte Kohleheizung	neues BHKW (Gas)
Schwefeldioxid	20.000 kg	30 kg
Kohlendioxid	5.000 kg	2.500 kg
Stickoxid	2.500 kg	1.500 kg
Staub	7.000 kg	10 kg

Kartmann: CDU setzt SPD Kritik ein 40 Millionen-Programm entgegen „SPD - MdL Becker fischt im Trüben und ignoriert die Realitäten“

Als „schlichtweg üble Effekthascherei“ hat der CDU-Landtagsabgeordnete Norbert Kartmann die Kritik Beckers (SPD) an der Kindergartenpolitik des Landes bezeichnet. Es sei unerträglich, so Kartmann, daß ausgerechnet aus den Reihen der Sozialdemokraten, bei denen die Kindergärten jahrzehntlang stiefmütterlich behandelt worden seien, sich nun Abgeordnete ins Rampenlicht drängen, die auf der Suche nach dem politischen Tageserfolg auch vor der Desinformation nicht zurückschrecken. Unumwunden räumt der CDU-Landtagsabgeordnete Norbert Kartmann ein, daß ein komplettes Kindergartenprogramm derzeit nicht finanzierbar sei, aber mit dem hessischen Kindergartenprogramm werde die CDU/FDP-Koalition in den kommenden drei Jahren Akzente setzen, die bundesweit Beachtung finden dürften. „Von unserem 40-Millionen-Kindergartenprogramm haben die SPD-Sozialpolitiker vor 1987 nicht einmal zu träumen gewagt“, stellt Kartmann fest. Mit diesen Mitteln werde die Landesregierung in den nächsten 3 Jahren Qualität und Quantität von Kindergartenplätzen verbessern. Mit den jährlichen Haushaltsansätzen für Ganztags-

kindergärten von 2 Millionen Mark, für Kindergärten mit hohem Ausländeranteil von 8,78 Millionen Mark und 1,5 Millionen Mark für integrierte Kindergärten stehen damit bis 1991 mehr als 76,5 Millionen Mark für Kindergartenplätze zu Verfügung. Die zusätzlichen 40 Millionen Mark kommen ausschließlich freigemeinnützigen Trägern zugute. Sie sind, so Norbert Kartmann, „kommunales Entlastungsprogramm“, das neben der kommunalen Investitionszuschüsse gewährt wird. Da das von der CDU favorisierte Kindergartenprogramm mit Geldleistungen an die Eltern derzeit nicht finanzpolitisch machbar sei, werde mit den vorgesehenen Investitionsmitteln wirksam die zukünftige Struktur des Kindergartenwesens in Hessen verbessert. Der Erfolg des hessischen Kindergartenprogramms dürfte, so der CDU-Landtagsabgeordnete Norbert Kartmann, auch die Schreihälse unter den politischen Neidern kleinlaut werden lassen. „Herr Becker und seine Parteifreunde können dann landauf landab neue Kindergärten bzw. besser ausgestattete und modernisierte Einrichtungen besichtigen.“

Vorteile für Deutsche Verbraucher: Ab 1992 schärferer Wettbewerb in Europa

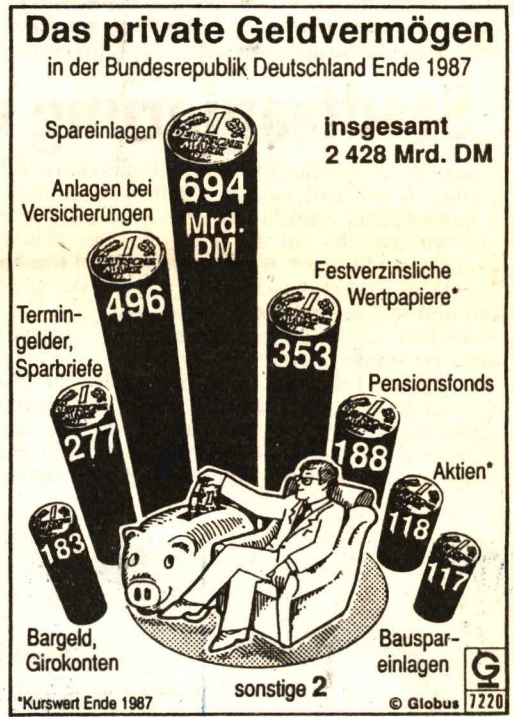
Europas Unternehmen stehen in den Startlöchern, denn 1992 soll der gemeinsame Binnenmarkt - ein Europa ohne Zöllschranken - für die Zwölferegemeinschaft Wirklichkeit werden. Für die Bundesrepublik Deutschland, in der jeder vierte Arbeitsplatz am Export hängt, sind die EG-Nachbarn schon heute wichtige Handelspartner. Fast die Hälfte des Umsatzes der deutschen EDV- und Büromaschinenbranche entfällt auf den Handel mit EG-Partnern. Bei der Chemie, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie sind es fast

ein Viertel des Umsatzes: Jedes vierte Auto, das in der Bundesrepublik Deutschland vom Band läuft, findet einen Käufer im EG-Ausland; jede vierte Maschine aus deutscher Fabrikation wird dort abgesetzt. Der gemeinsame Binnenmarkt bedeutet eine große Herausforderung für deutsche Unternehmen, denn auch die ausländischen Konkurrenten bereiten sich auf den größten Markt des Westens (324 Millionen Verbraucher) vor. Im „Europa 1992“ wird dann ein schärferer Wind im Wettbewerb wehen.

Das private Geldvermögen:

Das meiste Geld ist ohne Risiko angelegt

Den Bundesbürgern geht es gut: Sie haben ein dickes finanzielles Polster. Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank betrug das private Geldvermögen Ende 1987 rund 2.428 Milliarden DM, oder ausgeschrieben: 2.428.000.000.000 DM. Nur einen kleinen Teil (183 Milliarden DM) hielten die Bürger als Bares im Portemonnaie oder - jederzeit verfügbar - auf dem Girokonto. Den größten Teil ihres Vermögens haben sie auf Sparbüchern angelegt (694 Milliarden DM). Etwa eine halbe Billion DM (496 Milliarden DM) bringt als Anlage bei den Versicherungen Erträge. An dritter und vierter Stelle liegen festverzinsliche Wertpapiere beziehungsweise Termingelder und Sparbriefe (unser Schatz). Bei den Anlageformen gehen die Bundesbürger also lieber auf „Nummer Sicher“ - risikoreichere Vermögensanlagen wie Aktien hielten sie nur für 18 Milliarden DM (Kurswert Ende 1987). Im statistischen Durchschnitt hat jeder Bundesbürger - vom Säugling bis zum Greis, vom Arbeitslosen bis zum Spitzenverdiener, ein Vermögenspolster von fast 40.000 DM. Freilich, das ist nur ein rechnerischer Durchschnittswert, viele besitzen weniger, manche mehr und einige gar kein Geldvermögen.



Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg:
„Mit der Steuerreform haben wir ein gerechteres und einfacheres Steuersystem geschaffen. Berufliche und unternehmerische Leistungen werden wieder lohnender. Der besonderen Situation der Familie wird wirksam Rechnung getragen.“

Die Stadt Bad Vilbel hat sich für das SÜBA - Konzept entschieden

Aus städtebaulichen und architektonischen Gründen entschied sich die CDU im Stadtparlament für das SÜBA-Konzept. Die SÜBA möchte ein Pflegeheim und Wohnungen für Senioren errichten. Die Einrichtung soll ärztlich betreut werden. Durch die Verabreichung des Bad Vilbeler Heilwassers, das bei Alters- und Herzbeschwerden wirksam ist, wird zugleich Bad Vilbel als Kurstadt aufgewertet. Diese Aufwertung ist dringend nötig. Die Sanierung des Burgpark-Viertels kommt ein entscheidendes Stück voran: Sie ist bereits eingeleitet worden durch die Sanierung des Chattia-Geländes. Durch die nun anstehende Verlagerung von Betriebshof, Gartenamt und Stadtwerke, wird es auch zu einer Verbesserung des Umfelds

der Wasserburg kommen. Die Zehntscheuer kann nach Räumung saniert und von den häßlichen Anbauten befreit werden. Der Verkehr wird entflechtet. Die ehrgeizigen Sanierungspläne, die im Rathaus von Bürgermeister Günther Biwer und Erstem Stadtrat Klaus Minkel verfolgt werden, sind ein gutes Stück mit Unterstützung der Bad Vilbeler CDU weitergekommen. Als die Entscheidung fiel, war die CDU wie so oft allein bereit, Verantwortung für die Stadt zu tragen. Die SPD intrigierte gegen dieses Projekt. Eine regelrechte Schlammenschlacht wurde angezettelt. Das beeindruckte die CDU aber wenig. Sie ließ sich von unsachlichen Argumenten nicht beeinflussen. Für die CDU kam es auf das bessere

Konzept an. Das SÜBA-Konzept ist aber nach Auffassung der CDU das einwandfrei bessere Konzept:
- die Baumassen werden besser verteilt und gegliedert,
- die Integration der Chattia-Besiedlung ist besser gelöst,
- durch die Gliederung ist eine bessere Begrünung und Einbindung in den Burgpark möglich,
- das „Feriendorf-Konzept“ der SÜBA verspricht eine bessere Wohnqualität als das abgeschlossene „Burgkonzept“ des Konkurrenten.
Die SÜBA steht inzwischen mit mehreren namhaften Interessenten in Verbindung, die Interesse daran haben, das Projekt mit der SÜBA zu betreiben. Das beweist, daß Magistrat und CDU richtig

lagen, als sie auf den Bedarf für eine solche Einrichtung hinwies. Tatsächlich ist der Bedarf für Pflegeplätze und Seniorenwohnungen sehr groß. Die CDU bemüht sich darum, daß zusätzlich zu den bestehenden Einrichtungen in Bad Vilbel weitere Wohnungen und Pflegeplätze für Senioren geschaffen werden. Bekanntlich hat die CDU im Stadtparlament den Bau von überaus preisgünstigen Seniorenwohnungen auf dem Krankenhausbereich für die Bad Vilbeler Senioren beschlossen, die berechtigt sind, eine Sozialwohnung zu beziehen. Nach dem Willen der CDU soll für alle Senioren gesorgt werden. Wenn die CDU, wie so oft, ihr Konzept zu einem guten Erfolg geführt hat, werden wieder alle Parteien auch dafür gewesen sein wollen. (qqk)

